

**Niederschrift über die
31. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg am 26.09.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier
(Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:06** Uhr

Ende: **21:18** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Bernhard Busch	bis 19:24 Uhr (TOP 5)
Herr Hartmut Heck	
Herr Bernhard Henter	
Herr Dieter Klever	Vertretung für Herrn Matthias Daleiden
Herr Sascha Kohlmann	
Frau Alexandra Lehnen	Vertretung für Herrn Markus Thul
Herr Alfons Maximini	bis 19:29 Uhr (TOP 5)
Herr Bruno Porten	Vertretung für Frau Kathrin Schlöder
Frau Sabina Quijano Burchardt	
Frau Jutta Roth-Laudor	
Frau Ingeborg Sahler-Fesel	bis 20:39 Uhr (TOP 13.1)
Herr Wolfgang Schäfer	
Herr Dr. Karl-Georg Schroll	bis 20:45 Uhr (TOP 13.2)
Frau Simone Thiel	bis 19:23 Uhr (TOP 5)

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels	
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis	bis 20:15 Uhr (TOP 12)
Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt	

Verwaltung

Herr Reinhard Benzkirch	Leiter der Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr (zu TOP 7 und TOP 14)
Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II
Frau Miriam Decker	Abteilung 3 - Gebäudemanagement und Schulen (zu TOP 5 - TOP 12)
Frau Anja Esch	Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr, Außenstelle AfA Hermeskeil (zu TOP 7)
Herr Christoph Fuchs	Büroleiter
Herr Christoph Haack	Leiter des Referates 103 - Amt für Migration und Integration (zu TOP 10)
Herr Thomas Müller	Pressestelle (TOP 1 - TOP 2)
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I
Herr Norbert Rösler	Leiter der Abteilung 11 - Kreisentwick-

Herr Stephan Schmitz-Wenzel	lung, Bauen und Umwelt (zu TOP 8)
Herr Dominik Ternes	Leiter des Geschäftsbereichs III
	Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und
	Verkehr (zu TOP 14)
Herr Ludwig Wagner	Abteilung 3 - Gebäudemanagement und
	Schulen (zu TOP 3 - TOP 10)
<u>Gäste</u>	
Herr Ralf Fuchs	Ing. Büro Fuchs (zu TOP 4)
Herr Jörg Fuhr	Architekturbüro Weitzel + Hardt (zu TOP
	5)
Herr Udo Hildebrand	Stadt Trier - Leitung Zentrales Organisa-
	tions- und Informationstechnologieamt
	(zu TOP 1)
Herr Friedhelm Knopp	Trierischer Volksfreund (TOP 1 - TOP 11)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Matthias Daleiden	entschuldigt
Frau Kathrin Schlöder	entschuldigt
Herr Markus Thul	entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Daraufhin beschließt der **Kreisausschuss** einstimmig den bisherigen Tagesordnungspunkt 5 „Asylunterkunft ehemaliges Sozialwerk Ralingen – Auftragsvergabe“ von der Tagesordnung abzusetzen und als neuen Tagesordnungspunkt 5 die Thematik „Geschwister-Scholl-Schule Berufsbildende Schule Saarburg, Außenstelle Hermeskeil – Brandschutz- und Tragwerkssanierung – Mehrkosten“ zu behandeln.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschließt der **Kreisausschuss** ebenfalls einstimmig den Tagesordnungspunkt 14 „Personalangelegenheiten“ als neuen Tagesordnungspunkt 13 und den bisherigen Tagesordnungspunkt 13 „Information über den Allgemeinen KatS-Plan“ als neuen Tagesordnungspunkt 14 zu behandeln.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird daher wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Weiterentwicklung des Servicecenters 115; Vorlage: 0283/2016**
- 2. Änderung / Fortschreibung Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm 2017 ff
Vorlage: 0259/2016/1**

- 3. Generalsanierung Schulzentrum Konz - Vergabe von Planungsleistungen
Vorlage: 0296/2016**
- 4. Freisportanlage am Gymnasium Hermeskeil - Zustimmung zur Überplanmäßigen Ausgabe; Vorlage: 0298/2016**
- 5. Geschwister-Scholl-Schule Berufsbildende Schule Saarburg, Außenstelle Hermeskeil - Brandschutz- und Tragwerksanierung - Mehrkosten
Vorlage: 0305/2016**
- 6. Fortführung von sprachlichen Erstorientierungskursen für Flüchtlinge und Zertifizierung der Kreisvolkshochschule Trier-Saarburg; Vorlage: 0295/2016**
- 7. Sachstand Asylbewerber (Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.09.2016); Vorlage: 0309/2016**
- 8. Naturschutzprojekt "Bänder des Lebens"; Vorlage: 0294/2016**
- 9. Zuweisungen aus Kreismitteln an Verbände der freien Wohlfahrtspflege und an sozialdienstliche Vereine und Selbsthilfegruppen für das Jahr 2016
Vorlage: 0267/2016/1**
- 10. Sanierung Kunstrasenplatz am Schulzentrum Konz - Information über Eilentscheidung; Vorlage: 0299/2016**
- 11. Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

1. Weiterentwicklung des Servicecenters 115; Vorlage: 0283/2016

Protokoll:

Der **Landrat** begrüßt Herrn Hildebrand von der Stadtverwaltung Trier und verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Herr **Hildebrand** informiert über das Bundesprojekt und geht mittels einer Präsentation (Anlage 1) auf das Servicecenter Trier/Trier-Saarburg und die Ausgangslage, das Serviceangebot und die Personalsituation ein.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) veranschaulicht Herr **Hildebrand**, dass die Dienstleistung der D115 ca. 1.500 Einzelleistungen umfasse und die Fragestellungen, welche die dortigen Mitarbeiter erreichten, sehr unterschiedlich seien. So richteten sich die Fragen auf mitzubringende Unterlagen für bestimmte Anliegen und Anträge und auf die Zuständigkeit verschiedener Behörden. Alle Auskünfte und Leistungen würden durch eine stetige Qualitätssicherung, insbesondere wegen der rechtlichen Sicherheit der Auskünfte, abgesichert. Diese Qualitätssicherung binde zusätzlich Personalressourcen.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) stellt fest, dass auf Grund von Urlaub und Krankheit im Grunde kontinuierlich eine Vollzeitkraft in der Servicestelle fehle. Ein Bedarf für mehr Personal sei sicherlich gegeben und ein zufriedenstellendes Servicesystem müsse durch ausreichend Personal ausgestattet werden.

Nachfolgend gehen die **Anwesenden** auf das Anrufvolumen laut der Präsentation ein und diskutieren das Zahlenmaterial.

Büroleiter **Fuchs** verdeutlicht die Auswirkungen auf Einsparungen und die Vorteile eines verbessertes Zeitmanagements der Fachabteilungen durch eine umfassende Anrufannahme der Servicestelle, was zu einer Steigerung der Servicequalität und zur Kundenzufriedenheit führe.

Die Dienstleistung der D 115 sei ein Einstieg in eine neue Verwaltungsphilosophie, so der **Vorsitzende**. Der wirtschaftliche Effekt sei leider schwerlich greifbar und in Zahlen darzustellen. Eindeutig sei jedoch, dass die Anrufe nicht mehr ungefiltert in der Verwaltung eingehen, sondern bereits durch die D 115 größtenteils erledigt werden können.

Der Fraktionsvorsitzenden **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) fällt auf, dass zwischen den Anrufen, welche bei der Servicestelle eingehen, nur Ruhephasen von wenigen Sekunden für die Mitarbeiter bestehen würden. Durch die stetige Anrufannahme gestalte sich der Berufsalltag sehr anstrengend. Insofern sei eine funktionierende Pausenregelung und Einhaltung der Pausenzeiten enorm wichtig. Außerdem stelle sich die Frage, ob es auf Grund der zusätzlichen Arbeitsbelastung Unterscheide zwischen dem Krankheitsaufkommen dieser Mitarbeiter in der Servicestelle zu

den übrigen Mitarbeitern gebe.

In der Servicestelle seien vorwiegend Teilzeitbeschäftigte tätig, so Herr **Hildebrand**. Dies habe im Krankheitsfalle Vorteile für den Schichtbetrieb, denn der Ausfall von Vollzeitkräften wäre noch gravierender und habe größere Auswirkungen. Durch ein flächendeckendes System könnten Randzeiten im Ausnahmefall durch andere Servicestellen übernommen werden.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) bemerkt, dass die vorgeschriebene bundesweite tägliche Erreichbarkeit von 11 Stunden einen Service darstelle, der über die Öffnungszeiten der Kernverwaltung hinausgehe.

Herr **Hildebrand** bestätigt, dass die Erreichbarkeit bundesweit bis täglich 18.00 Uhr vorgeschrieben sei und für den Standort Trier wegen der Öffnungszeiten der Zulassungsstelle früher beginne, so dass in der Tat der Service der D115 sehr breit aufgestellt sei.

Landrat **Schartz** sichert zu, dass ein Termin vor Ort in der Servicestelle jederzeit, nach Absprache mit Herrn Büroleiter Fuchs und dem Servicestellenleiter Herrn Hildebrand, möglich sei.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) und Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) bemängeln, dass eine derartige Diskussion über zusätzliche Personalstellen und Personalkosten unterjährig geführt werde, obwohl diese Fragestellungen im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden sollten.

Die Verwaltungen führten stetig Gespräche über den Personalbedarf, so Herr **Hildebrand**. Der Stadtrat Trier werde der Angelegenheit zustimmen. Falls der Kreisausschuss dem nicht folgen könne, müsse überlegt werden, den Service, bezogen auf den Landkreis, zu reduzieren. Wenn der Service in der aktuellen Form beibehalten werden solle, sei eine Personalaufstockung notwendig.

Büroleiter **Fuchs** bestätigt, dass die Kreisverwaltung und die Stadtverwaltung in Bezug auf die Kooperation der Servicestelle und deren Personalbedarf seit ca. 3 Jahren im Gespräch seien. Zu Beginn der Einrichtung der Servicestelle sei eine personelle Besetzung des Servicecenters mit insgesamt 8,5 Stellen vereinbart worden. Diese Personalstärke sei in der Vergangenheit mehrfach auf Grund von Krankheitsausfällen mit Vertretungskräften temporär ergänzt worden. Um die vorgegebenen Servicelevels zu verbessern, habe die Stadtverwaltung zwei weitere Teilzeitkräfte eingestellt, deren Kosten anteilmäßig, entsprechend des Telefonieraufkommens, durch den Landkreis getragen werden sollen. Die nunmehr vorliegende rückwirkende Kostenabrechnung für das Jahr 2015 lege diese Personalaufstockung zugrunde.

Laut der Abrechnung würden lediglich 16.000 Euro Mehrkosten gegenüber den ursprünglichen Planungen im Haushaltsjahr 2015 anfallen.

Eine Kündigung des Vertrages müsse unter Einhaltung einer Kündigungs-

frist erfolgen und ein frühestmöglicher Austritt aus dem Vertrag sei erst ab Mitte 2019 möglich.

Die Haushaltsberatungen würden sich außerdem auf Planungen vorausliegender Jahre beziehen. Die Abrechnungen für die Servicestelle beziehen sich jedoch auf Kosten zurückliegender Kalenderjahre. Insofern sei eine Beratung innerhalb der Haushaltsberatungen für 2017 nicht zielführend.

Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) kritisiert die Aussagen des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) und erklärt, dass diese Kritik nicht nachvollziehbar sei, denn bei den vorliegenden Kosten handle es sich um eine Abrechnungsgrundlage für erbrachte Dienstleistungen der Servicestelle, welche rückwirkend vorgenommen werde.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Aussagen von Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) an. Serviceleistungen in diesem Bereich spiegelten ein Maß an Qualität wieder, welches eine ausreichende Personalausstattung notwendig sei. Sie werde sich dem Beschlussvorschlag anschließen.

Der Stellenumfang werde seitens der Stadtverwaltung erhöht, ohne dass die Kreisgremien vorab befragt werden, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU). Er sehe sich als Mitglied des Kreisausschusses nicht ausreichend berücksichtigt, wenn es um die Entscheidung des Personalbedarfes gehe. Die Stadtverwaltung habe unverhältnismäßig gehandelt. Die Stadt und auch der Kreis verfügten jeweils über einen unausgeglichenen Haushalt und deshalb müsse in dieser Situation hinterfragt werden, ob der Landkreis sich diesen Service leisten könne.

Der **Landrat** weist auf die vertragliche Verpflichtung auf Grund der Qualität des bundesweit vorgegebenen Leistungslevels im 115-Verbund hin.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erläutert, dass seitens des Kreises ein Benchmark vorgegeben worden sei, dessen Ziele zu erreichen seien. Die Stadt Trier versuche nunmehr diese Vorgabe umzusetzen. Die SPD-Kreistagsfraktion könne dem Beschlussvorschlag zustimmen. Die Fraktion stehe zudem hinter der Verwaltung und den Absprachen mit dem Vertragspartner.

Kreisausschussmitglied **Thiel** (CDU) und Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) beantragen gemäß der Geschäftsordnung die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, im Servicecenter Trier/Trier-Saarburg rückwirkend ab 2015 als Abrechnungsgrundlage eine Personalstärke von 9,5 Stellen anzuerkennen und diese Personalisierung für die Folgejahre festzuschreiben.

Sollte der sich daraus für die Jahre 2015 und 2016 im laufenden Haushaltsjahr ergebende Mehraufwand in Höhe von rd. 57.000 € nicht durch Einsparungen im Budget 200002 (Organisation) decken lassen, beschließt der Kreisausschuss vorsorglich einen überplanmäßigen Aufwand in dieser Höhe mit einer Deckung aus den Budgets des Teilhaushaltes 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. Änderung / Fortschreibung Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm 2017 ff; Vorlage: 0259/2016/1

Protokoll:

Der **Landrat** geht auf die Vorlage der Verwaltung ein.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) informiert er über die Situation zum geplanten Radwegbau bei der Ortsgemeinde Wiltingen. Weitens des LBM sei vorgeschlagen worden, das Radwegprojekt in Form eines unselbstständigen Radweges in das Mittelfristige Kreisstraßenbauprogramm aufzunehmen. Dazu würden verschiedene Wegvarianten innerhalb des Verfahrens geprüft werden. Fraglich sei noch, ob ein Zuschuss möglich sei. Hinsichtlich der Wegführungen verweist er auf die als Anlage beigefügte Kartendarstellung und spricht alle Möglichkeiten an. Das auf der Karte in gelb/orange farblich dargestellte FFH-Gebiet solle dabei nicht tangiert werden, so der Vorsitzende auf Rückfrage von Kreis-ausschussmitglied **Maximini** (SPD). Die in rot oder alternativ in blau gekennzeichnete Linie solle die mögliche Wegführung darstellen. Die Steigung sei laut Aussage des LBM überbrückbar und möglicherweise durch Serpentina befahrbar. Parallel dazu sei auch die Aufnahme dieses Teilstückes in den überregionalen Radwegbau im Gespräch.

Kreisausschussmitglied **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) informiert, dass das dortige FFH-Gebiet eine wichtige Ruhezone, vor allem für Hasen und Fasane darstelle. In manchen Monaten sei auch größeres Wild in diesem Gebiet unterwegs. Aus diesem Grund würde sie eine Streckenführung entsprechend der blau gekennzeichneten Linie der Karte, mit möglichst geringer Auswirkung für das FFH-Gebiet, bevorzugen. Vorteilhaft sei, dass der Weg streckenweise schon angelegt sei. Die Hanglage sei steil und gefährlich und ein Sicherheitskonzept müsse ausgearbeitet werden.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** erklärt, dass eine Aufnahme in das Mittelfristige Kreisstraßenbauprogramm bedeute, dass der LBM in die Planungen und Untersuchungen einsteigen könne. Insofern schlage die Verwaltung dies vor.

Auf Rückfrage von Kreis-ausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) informiert der **Landrat**, dass im unteren Bereich der Kartendarstellung bereits eine Strecke genehmigt sei, welche sich jedoch mittlerweile als nicht mehr trag-

fähig herausgestellt habe. Durch neue Überlegungen würde der bestehende Radweg nicht mehr weiter benötigt werden.

Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) begründet, dass er die rote Streckenführung der Kartendarstellung, welche direkt in den Ort führe, bevorzugen würde.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) spricht sich für eine Aufnahme der Radwegeplanung in das Mittelfristige Kreisstraßenbauprogramm aus.

Landrat **Schartz** erläutert abschließend, dass über die Streckenführung noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden sei, sondern durch die Aufnahme vielmehr ein Planungsauftrag an das LBM ausgesprochen werde.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Fortschreibung des Mittelfristigen Kreisstraßenbauprogramms 2017 ff gemäß der Vorlage der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Im Anschluss an die Beschlussfassung weist Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) auf die Verkehrssituation und den im großen Umfang aufkommenden Rückstau in Konz in der Wiltinger Straße durch die dortige entfernte Rechtsabbiegespur Ecke Wiltinger Straße/Niedermenniger Straße hin. Durch den Wegfall der Abbiegespur komme es zu einem erhöhten Stauaufkommen auf dieser Strecke. Er bittet die Verwaltung darum, die Situation zu überprüfen.

Der **Landrat** sagt eine Überprüfung und Rücksprache mit dem LBM zu.

3. Generalsanierung Schulzentrum Konz - Vergabe von Planungsleistungen; Vorlage: 0296/2016

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Nach Aussage der ADD Trier in Verbindung mit der SGD Nord sei für die Beantragung von Landesfördermitteln eine Ermittlung der Baunutzungs- und Lebenszykluskosten nach DIN 18960 des Gebäudes erforderlich. Insofern schlage die Verwaltung die in der Vorlage beschriebene Auftragsvergabe vor.

Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) erinnert an seine Anregung im Zuge der Planungen der Generalsanierung, eine Lebenszyklusbetrachtung zu beauftragen. Er wolle jedoch hinterfragen, ob es sinnvoll erscheine, das Büro ArGe BHP / Rumpf, Koblenz mit dieser Berechnung zu beauftragen, welches bereits mit der Planung der Sanierung beauftragt worden sei.

Er bittet darum, ein unabhängiges Büro für diese Betrachtung heranzuziehen.

Herr **Wagner** informiert, dass das Büro diese Berechnung in Verbindung mit einem anderen Partnerbüro, welches der Verwaltung nicht bekannt sei, durchführen würde.

Der **Landrat** schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, zu überprüfen, ob weitere Planungsbüros für diese Ermittlung der Baunutzungs- und Lebenszykluskosten nach DIN 18960 in Frage kommen. Die Beratung und Beschlussfassung der Auftragsvergabe könnte dem Bauausschuss übertragen werden.

Der **Kreisausschuss** ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden und fasst den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, die Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe von Planungsleistungen für die Ermittlung der Baunutzungs- und Lebenszykluskosten an den Bauausschuss zu übertragen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, zu überprüfen, ob weitere Planungsbüros für diese Ermittlung der Baunutzungs- und Lebenszykluskosten nach DIN 18960 in Frage kommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. **Freisportanlage am Gymnasium Hermeskeil - Zustimmung zur Überplanmäßigen Ausgabe; Vorlage: 0298/2016**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Sachdarstellung der Vorlage und begrüßt Herrn Fuchs vom Ing.-Büro Fuchs. Die Mehrkosten seien in erster Linie auf die Vergrößerung des Multifunktionsfeldes zurückzuführen, welches in der Kostenkalkulation nicht mit dieser Größe eingeplant gewesen sei.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) drückt ihr Unverständnis für diese scheinbare Fehlplanung und die notwendigen Mehrkosten für die Freisportanlage aus, da die Thematik bereits mehrfach intensiv beraten worden sei.

Ebenso Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) kann nicht nachvollziehen, welche Größen geändert worden seien und warum die Aufteilung auf die beiden Bauabschnitte nunmehr auch geändert werden sollte.

Herr **Fuchs** informiert, dass die Erneuerung der Freisportanlage in zwei Bauabschnitten geplant worden sei, um entsprechend im Rahmen der Haushaltsmittel zu bleiben.

Im 1. Bauabschnitt seien folgende Maßnahmen vorgesehen gewesen:

Herrichtung der Laufbahn, eines Spielfeldes im Umfang von 65x30 Meter, eine Rundlaufbahn als Kernstücke, ein Entwässerungssystem für die gesamte Anlage, die Pflasterbelege, der Abriss der bestehenden Tribüne und der Neubau einer kleineren Tribüne.

Im 2. Bauabschnitt sollten die Aufträge der Neuerstellung einer Kugelstoßanlage, die Herrichtung eines Multifunktionsfeldes, die Errichtung eines Beachvolleyballfeldes und einer Zaunanlage vergeben werden.

Insbesondere der Bau eines Multifunktionsfeldes und der Zaunanlage seien die größeren Kostenfaktoren. Das Multifunktionsfeld solle nun größer bebaut werden, als in der ursprünglichen Kostenplanung beziffert. Ebenso solle der Zaun vergrößert werden. Zusätzlich sei es zu verschiedenen Umplanungen gekommen, wie beispielsweise eines neuen Standortes für die Garagen auf der anderen Seite des Schulgebäudes. Hinzu kommen die Verlegung von Elektroleitungen und Wasseranschlüsse, die vorab nicht eingeplant gewesen seien. Aus Sicht des Planers sei die Bewässerungsanlage nicht notwendig.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) informiert der **Landrat**, dass der Bauausschuss hinsichtlich so weitreichender finanzieller Auswirkungen keine Entscheidung fassen dürfe, sondern nur empfehend beschließen könne. Die Beratungsfolge habe nunmehr eine vorherige Beratung im Kreisausschuss möglich gemacht, insofern werde eine Beratung im Bauausschuss nach der heutigen Beratung erfolgen.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) klärt Herr **Fuchs** auf, dass das kleinere Multifunktionsfeld mit einem Kunststoffbelag ausgelegt werde und das größere Spielfeld einen Kunstrasenplatz darstelle. Zudem gibt er Auskunft über die Größen und Maße.

Dass der Zaun nicht sowieso zu allen Seiten geschlossen geplant worden sei und Garagen ohne Strom vorgesehen werden, ebenso wie die falsche Größe des Multifunktionsfeldes seien sehr fragwürdig, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Der Bau eines Beachvolleyballfeldes gehe zulasten der ursprünglich vorgesehenen Hochsprunganlage. Fraglich sei, ob diese Änderung in den Gremien besprochen worden sei.

Kreisausschussmitglied **Porten** (FWG) erklärt, dass sich der Bauausschuss mehrfach mit der Thematik befasst und viele Aspekte nach und nach einbezogen und die Planung somit verändert habe. Durch diese Änderungen seien andere Planungsschritte nicht bedacht oder vernachlässigt worden, wodurch sich Planungsfehler eingeschlichen haben.

Nicht nachvollziehbar sei für ihn die inhaltliche Aufteilung der beiden Bauabschnitte. Im 2. Bauabschnitt erst sei der Bau des Kleinsportfeldes geplant, so dass in beiden Bauabschnitten eine Baustelleneinrichtung notwendig werde, denn bereits im 1. Bauabschnitt solle das eigentliche Spielfeld errichtet werden. Sinnvoller wäre es, lediglich die von den sonstigen Anlagen unabhängig zu sehenden Arbeitsschritte für das Kleinsportfeld im zweiten Bauabschnitt vorzusehen und andere Arbeiten vorzuziehen, so dass nur einmalig eine Baustelleneinrichtung erfolgen müsse. Eine sinn-

vollere Aufteilung der Arbeiten könne zu Kostenreduzierungen führen. Hingegen andere Einsparmöglichkeiten wie die Streichung einer Beregnung des Spielfeldes, wie vom Planungsbüro Fuchs vorgeschlagen, halte er für weniger sinnvoll. Ihm sei bisher aus Gründen der Verletzungsgefahr bei Verbrennungen eine Beregnungsanlage als notwendig empfohlen worden. Er bittet darum, dies zu prüfen, damit keine Kosten an der falschen Stelle gespart würden. Insgesamt fehle bei der Planung die intensive Abstimmung mit den Gremien.

Natürlich solle am Gymnasium Hermeskeil ein Kunstrasenplatz entstehen, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU). Jedoch habe er keine derart ausufernde Planung im Sinn gehabt.

Nachfolgend informiert Herr **Wagner** auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD), dass der 1. Bauabschnitt erweitert werden solle und die Tiefbaumaßnahmen weitestgehend vorgezogen werden. Dies sei vom Ablauf her sinnvoll und spare Kosten. Viele Anregungen, wie beispielsweise die Umplanungen auf anderen Plätzen auf dem Bereich der Freisportanlage seien von der Schule ausgegangen.

Der **Landrat** schlägt in Anbetracht des enormen Klärungsbedarfs und der Höhe der Mehrkosten vor, eine nochmalige Beratung im nächsten Bauausschuss vorzusehen.

Wenn der Bauablauf es jedoch erfordern sollte, vorzeitige Beschlüsse zu fassen, halte er es sich offen, die Angelegenheit nochmals für die Tagesordnung vorzusehen.

Der **Kreisausschuss** ist mit der Vorgehensweise des Vorsitzenden einverstanden und nimmt die Informationen zur Kenntnis. Er verbleibt ohne Beschluss.

5. **Geschwister-Scholl-Schule Berufsbildende Schule Saarburg, Außenstelle Hermeskeil - Brandschutz- und Tragwerksanierung - Mehrkosten; Vorlage: 0305/2016**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Herr **Fuhr** informiert mittels einer Darstellung des Deckenquerschnitts aus dem Gutachten des Büros Sängler & Gorges für die vorgesehene Betonanierung, weshalb es zu den Mehrkosten gekommen sei. Die Planung sei ursprünglich für eine wesentliche geringere Fläche der Holzverkleidung vorgesehen gewesen, sodass eine Erhöhung der Materialmassen als Folge zu Kostenerhöhungen führe. Die Ausgangslage sei stichprobenartig ermittelt worden und habe auf eine andere Dimension der Holzmaße hingewiesen, so dass von anderen Materialmassen ausgegangen worden sei.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) erfragt, wer die zugrunde gelegten Stichproben des Holzes in der Decke genom-

men habe.

Die Stichproben seien durch das Ing. Büro Sänger und Gorges im Zuge des Gutachtens durchgeführt worden, so Herr **Fuhr**. Nachfolgend zeigt er auf, wo die Proben entnommen worden seien. Auf Grundlage dieses Gutachtens seien die Massen entwickelt worden.

Da seitens des Kreisausschusses keine weitergehenden Fragen bestehen, fasst er sodann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt, vorbehaltlich der Zustimmung des Bauausschusses, dem Kreistag der weiteren, außerplanmäßigen Ausgabe in Höhle von rd. 270.000,- zur Finanzierung der Maßnahme zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

6. **Fortführung von sprachlichen Erstorientierungskursen für Flüchtlinge und Zertifizierung der Kreisvolkshochschule Trier-Saarburg**
Vorlage: 0295/2016

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt, dass sie hinsichtlich des zusätzlichen Personalbedarfs, so wie in der Vorlage der Verwaltung dargestellt, eine genauere Information im Nachgang zu der heutigen Sitzung erfrage.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt einer Zertifizierung der Kreisvolkshochschule nach AZAV zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Sachstand Asylbewerber (Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.09.2016); Vorlage: 0309/2016**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und informiert über den Inhalt zur Sachdarstellung der Abteilung 8 – Sozialamt.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) bedankt sich für die informative Vor-

lage. In der Vorlage sei zu lesen, dass nur die Verbandsgemeinde Konz verstärkt Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit heranziehe. Fraglich sei, warum nicht auch in den anderen Verbandsgemeinden so verfahren werde.

Der **Landrat** erklärt, dass in allen Verbandsgemeinden derartige Maßnahmen laufen würden. In der Verbandsgemeinde Konz sei besonderes erwähnenswert, dass die Heranziehung zu gemeinnütziger Arbeit durch den Bauhof koordiniert als flächendeckendes Programm in der Verbandsgemeinde verlaufe.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) informiert Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass in der vergangenen Woche eine Abnahme vor Ort in der Gemeinschaftsunterkunft Konz II stattgefunden habe und die Räumlichkeiten voraussichtlich bis Ende des Monats bezugsfertig zur Verfügung stehen.

Auf weitere Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert er, dass jeder Asylbewerber grs. den vollen Regelsatz erhalte, es sei denn, es würden gesetzliche Gründe für eine Kürzung vorliegen. Dies sei der Fall, wenn Asylbewerber vollziehbar ausreisepflichtig seien, ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen oder die angebotene Arbeitsgelegenheit pflichtwidrig nicht annehmen würden. Eine Kürzung auf 90 % des Regelsatzes wäre dann möglich.

Ergänzend teilt Geschäftsbereichsleiter **Christmann** mit, dass die Verwaltung mit heutigem Postausgang die Caritas im Hinblick auf die sinkende Zahl der Asylbewerber zwecks der Reduzierung der Personalausstattung basierend auf dem Personalschlüssel angeschrieben und um Umsetzung bis zum kommenden Monat gebeten habe.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Sachdarstellung der Abteilung 8 – Sozialamt zur Kenntnis.

Daraufhin geht der **Landrat** auf die Sachdarstellung der Abteilung 10 – Sicherheit, Ordnung und Verkehr ein und verweist insbesondere auf die Asylbewerberzahlen. Diesbezüglich stehe eine politische Diskussion wg. einer sog. Wohnsitzauflage im Raum.

Erfreulicherweise sei der Sachdarstellung zu entnehmen, dass die freiwillige Ausreise unter Einhaltung einer 10monatigen Einreisesperre sehr gut funktioniere und praktiziert werde, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD).

Nachfolgend informiert Referatsleiter **Haack** auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU), dass im Falle einer erneuten Einreise nach 10 Monaten ein Folgeantrag möglich sei, aber eine ausschließliche Unterbringung in der AfA erfolge.

Auf weitere Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) informiert Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass mittlerweile Menschen aus

den Maghreb-Staaten nach Rheinland-Pfalz verteilt werden. Bisher sei die Unterbringung zentral in der AfA in Dietz an der Lahn erfolgt und solle zukünftig dezentral stattfinden. In Hermeskeil seien in naher Zukunft Unterbringungen zu erwarten.

Die **Anwesenden** nehmen die Sachstandsinformationen der Abteilung 10 –Sicherheit, Ordnung und Verkehr zur Kenntnis.

8. **Naturschutzprojekt "Bänder des Lebens"; Vorlage: 0294/2016**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** informiert über die Thematik und der Erfordernis einer Anteilsfinanzierung in Höhe von 1 % der Gesamtkosten (ca. 53.333 Euro/jährlich) bis zum Jahr 2029.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) sagt zu, dass die Fraktion zwar zustimmen werde, aber ursprünglich von einem kostenfreien Projekt für den Landkreis ausgegangen sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss unterstützt die Initiative zum Naturschutzgroßprojekt „Bänder des Lebens im Hunsrück“. Er empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Kooperationsvertrages unter der Maßgabe zu beauftragen, dass gewährleistet ist, dass die Anteilsfinanzierung auf insgesamt 1 % für die Landkreise beschränkt, wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 9 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

9. **Zuweisungen aus Kreismitteln an Verbände der freien Wohlfahrts- pflege und an sozialdienstliche Vereine und Selbsthilfegruppen für das Jahr 2016; Vorlage: 0267/2016/1**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass sie ihren Antrag aus der vergangenen Haushaltsberatung zum Kreishaushalt 2016, zwecks der Erhöhung der Kreiszuschüsse für den Frauennotruf (Ifd.-Nr. 14 der Bewilligungsliste) und die Interventionsstelle Trier (Ifd.-Nr. 15 der Bewilligungsliste) auf jeweils einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro, erneut stellen wolle. Sie sei nach wie vor der Ansicht, dass der Landkreis in der Vergangenheit und auch aktuell diese Angebote mit den bisherigen Förderbeträgen zu gering würdige.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion diesem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion anschließen werde. Im vergangenen Jahr sei ein zusätzlicher Zuschuss der Sparkasse Trier für den Frauennotruf und die Interventionsstelle Trier ermöglicht worden, der in diesem Jahr weg falle.

Außerdem fordere die Fraktion zukünftig bei den einzelnen Antragstellern jeweils eine Einnahmen-/Ausgaberechnung. Diese liege aktuell nicht bei allen Antragstellern vor. Im Zweifelsfall könnten diese Daten in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden, aber ohne Grundlage sehe sich die Fraktion nicht mehr in der Lage Zuschussanträgen, ohne Kenntnis über die finanzielle Situation der Zuschussempfänger, zuzustimmen.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) informiert Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit in seiner kommenden Sitzung über einen Zuschuss für die Angebote der Suchtberatungsstellen gesondert beraten und dem Kreis Ausschuss ein Empfehlungsbeschluss vorgelegen solle. Hintergrund sei, dass das Angebot der Suchtberatung im Landkreis inhaltlich und geographisch neu strukturiert werden solle. Auch das eingestellte Angebot der Suchtberatung „Die Tür“ mit Sprechstunden in Saarburg und Schweich solle im Rahmen der Diskussion Thema sein.

Eine Einnahme- und Ausgaberechnung sei bei allen Antragstellern angefordert worden, bei denen die Zuschussbeträge höher ausfallen würden. Bei den geringen und pauschalen Zuschussbeträgen in Höhe von rd. 500 Euro sei auf Grund des unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes davon abgesehen worden.

Außerdem erklärt er, dass seitens des Frauennotrufes (Ifd.-Nr. 14 der Bewilligungsliste) und der Interventionsstelle Trier (Ifd.-Nr. 15 der Bewilligungsliste) keine Erhöhungsanträge gestellt worden seien, da eine Unterstützung von anderer Seite gewährleistet werde. Insofern sei kein Vorschlag für eine höhere Förderung seitens der Verwaltung ergangen.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt, dass sie unabhängig von der Höhe der Zuschüsse der Ansicht sei, dass eine Einnahme- und Ausgaberechnung zur Beurteilung, ob ein Zuschuss für den jeweiligen Verband in der notwendigen Höhe gewährt werde, erforderlich sei.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) spricht sich dafür aus, den Beschlussvorschlag, wie von der Verwaltung und im Kreishaushalt 2016 vorgesehen, zu fassen.

Hinsichtlich der Vorlage einer Einnahme- und Ausgaberechnung sollte dem Fachausschuss die Prüfung überlassen werden, so der **Vorsitzende**.

Der **Kreisausschuss** ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden und spricht sich dafür aus, dass zukünftig jeweils eine Einnahme- und Ausgaberechnung vorzulegen sei und diese im Ausschuss für Soziales und Gesundheit geprüft würden.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** die nachfolgenden Beschlüsse:

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion

Der Kreisausschuss beschließt, die Erhöhung der Kreiszuschüsse für den Frauennotruf (Ifd.-Nr. 14 der Bewilligungsliste) und die Interventionsstelle Trier (Ifd.-Nr. 15 der Bewilligungsliste) auf jeweils einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit die Gewährung von Zuschüssen aus Kreismitteln an die im Landkreis Trier-Saarburg tätigen Verbände der freien Wohlfahrtspflege, sozialdienstliche Vereine und Selbsthilfegruppen für das Jahr 2016 in der vorgeschlagenen Höhe von insgesamt 13.030,00 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 10 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung

10. Sanierung Kunstrasenplatz am Schulzentrum Konz - Information über Eilentscheidung; Vorlage: 0299/2016

Protokoll:

Der **Landrat** gibt dem Kreisausschuss die Information zur Kenntnis.

Von Seiten des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen.

11. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Landrat **Schartz** informiert, dass das Kreisausschussmitglied Busch (FDP) im Rahmen der vergangenen Sitzung des Kreisausschusses eine Anfrage hinsichtlich einer möglichen Verlängerung des Radweges in Ockfen um ca. 300 bis 400 Meter gestellt habe. Zwischenzeitlich habe er folgende Antwort vom LBM erhalten:

Im Rahmen einer gemeinsamen Begehung mit Mitarbeitern des LBM Trier und dem Ortsbürgermeister, Herrn Benz Müller, am 07.07.2016 sei von Seiten der Gemeinde auch eine Weiterführung des Radwegs innerorts und weiter in Richtung Irsch angesprochen worden. Die Anwesenden haben sich darauf verständigt, das Projekt an der Einmündung des Wirtschaftsweges in die K 137, Ortseingang, enden zu lassen.

Die Gemeinde sei nach derzeitigem Kenntnisstand noch in der Prüfung, ob es, neben der Führung des Radwegs auf der Kreisstraße durch den Ort, noch eine Alternativstrecke entlang des Ockfener Baches gebe.

Die Weiterführung des Radwegs, wie von der Ortsgemeinde angesprochen, wäre aber eine hinsichtlich der Planung und der Kosten für eine Um-

setzung eine Angelegenheit der OG Ockfen. Laut Mitteilung des LBM wäre eine solche Maßnahme auch förderfähig. Ein entsprechender Zuwendungsantrag könne von der Gemeinde über den LBM Trier dem Land vorgelegt werden.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll**, ob eine Besichtigung vor Ort möglich sei, erklärt der **Landrat**, dass dies in erster Linie Aufgabe des Bauausschusses sei und dafür bei der Kreisstraßenbaubereitstellung die Möglichkeit bestehe.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Landrat Günther Schartz)

(Christine Inglen)